S 36 U 274/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen

Sozialgericht Landessozialgericht Niedersachsen-

Bremen

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung -

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren -

Leitsätze Bei einem Einbeinstand mit eingedrehtem

Knie handelt es sich nicht um eine

vergleichbare Kniebelastung iS der BK-Nr

2112.

Normenkette SGB VII § 9 Abs 1 BKV Anl 1 Nr 2112

1. Instanz

Aktenzeichen S 36 U 274/16 Datum 28.08.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 U 136/20 Datum 27.04.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Hannover vom 28. August 2020 wird zurückgewiesen.

Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand

Streitig ist die Feststellung einer Berufskrankheit (BK) nach Nr 2112 der Anl 1 zur BerufsÂkrankÂheitenverordnung (BKV) [Gonarthrose durch eine Tätigkeit im Knien oder vergleichbare KnieÂbelastung mit einer kumulativen Einwirkungsdauer während des Arbeitslebens von mindestens 13.000 Stunden und einer

Mindesteinwirkungsdauer von insgesamt einer Stunde pro Schicht; im Folgenden: BK 2112].

Der 1960 geborene Kläger hat eine Lehre zum Bauschlosser absolviert und war anschlieÃ□end fÃ⅓r die Dauer von zwei Jahren Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Von Februar 1983 bis Ende Mai 2006 war er als SchweiÃ□er und Härter beschäftigt. Seither war er nicht mehr berufstätig und bezieht seit November 2010 eine Rente wegen voller ErwerbsÂminderung aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Im MÃxrz 2015 beantragte der KlÃxger bei der Beklagten die Anerkennung einer beiderseitigen Gonarthrose als BK 2112 (Schreiben vom 30. MÃxrz 2015). Die Beklagte zog Unterlagen aus einem vorangegangenen Verfahren zur Feststellung einer BK nach Nr 2102 der Anl 1 zur BKV (MeniskusschĤden nach mehrjĤhrigen andauernden oder hĤufig wiederkehrenden, die KnieÂgelenke überdurchschnittlich belastenden Tätigkeiten; BK 2102) bei, darunter ein Gutachten des OrthopĤden und Unfallchirurgen Dr. J. (vom 23. MĤrz 2012, erstattet im BerufungsÂverfahren L 9 U 245/11 vor dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen) sowie eine Stellungnahme des PrĤventionsdienstes der Berufsgenossenschaft (BG) Metall Nord-Süd (vom 4. Juni 2007) zu den vom Kläger verrichteten Tätigkeiten als SchweiÃ∏er und den hierbei aufgetretenen Einwirkungen iSd BK 2102 und einer weiteren BK. Der PrÄxventionsAdienst der Beklagten kam unter Zugrundelegung der Angaben des KlÄzgers zu dem Ergebnis, dass die erforderliche MindestÂeinwirkungsÂdauer von insgesamt einer Stunde pro Schicht durch TÄxtigÂkeiten im Knien oder mit vergleichbarer Kniebelastung (TÃxtigkeiten im Hocken, Fersensitz oder Kriechen) nicht erreicht worden sei (Stellungnahmen vom 4. Februar 2016 und 21. MAxrz 2016).

Die als staatliche GewerbeĤrztin beteiligte FachĤrztin für Allgemeinmedizin und Fachärztin für Arbeitsmedizin Dr. K. vertrat die Auffassung, dass eine BK 2112 nicht vorliege, weil der Kläger keine kniebelastenden Tätigkeiten mit einer kumulativen Gesamtdosis von 13.000 Stunden verrichtet habe (Stellungnahme vom 27. April 2016).

Mit Bescheid vom 13. Mai 2016 lehnte die Beklagte die Anerkennung einer BK 2112 ab. Nach dem Ergebnis ihrer Ermittlungen seien die Einwirkungen, denen der KlĤger wĤhrend seiner BerufstĤtigkeit ausgesetzt war, nicht geeignet, eine VerschleiÄ∏erkrankung der Knie (GonÂarthrose) zu verursachen. Bei den von ihm beschriebenen TĤtigkeiten werde eine tĤgliche MindestÂeinwirkungsdauer von insgesamt einer Stunde pro Schicht nicht erreicht. Die vorÂliegenÂden Einwirkungen seien daher nicht geeignet, eine BK zu verursachen.

Der Kläger erhob Widerspruch und wandte ein, dass er den angegebenen Umfang von TätigÂkeiten im Knien (ca zwei bis vier Stunden in der Woche) nur geschätzt habe. Da seine Tätigkeit sehr abwechslungsreich gewesen sei, könnten es auch â∏doppelt oder sogar dreifach viele StunÂden in anderen Wochenâ∏ gewesen sein. Ferner sei übersehen worden, dass eine GonÂarthrose nicht nur durch Knien, sondern auch durch eine vergleichbare KnieÂbelastung hervorÂgerufen werÂden könne. Er habe bereits hinreichend dargestellt, dass er die Knie im Sitzen und

besonÂders im Stehen â\deligeingedrehtâ\delige habe. Bei dem sog â\deligeinbeinstand mit Knieeindrehung auf unebener Flächeâ\delige habe er das nicht eingedrehte Knie bzw den FuÃ\delige in den Drehtischantrieb gesteckt, um diesen zu regulieren. Der Umstand, dass genau seine eingeÂdrehten Knie (meisÂtens rechts, teils auch links) die Kniegelenke schwer schädigen könne, werde von der Beklagten aber nicht wahrÂgenommen. Zur Unterstýtzung seines Vorbringens hat er eine schriftÂliche Stellungnahme seiÂnes früheren Vorarbeiters vorgelegt (Schreiben des L. vom 21. August 2012).

Mit Widerspruchsbescheid vom 28. September 2016 (dem Kläger zugegangen am 1. Oktober 2016) wies die Beklagte den Widerspruch zurýck. Auch durch das Vorbringen im WiderspruchsÂverfahren, wonach eine kniende Tätigkeit bis zu zwölf Stunden pro Woche ausgemacht haben könne, lasse sich eine MindesteinwirkungsÂzeit von einer Stunde pro Schicht nicht nachweisen. Diese Angabe führe rechnerisch auch nicht zu einer ausreichenden Gesamteinwirkungsdauer (zwölf Stunden x 44 Arbeitswochen x 23 Jahre = 12.144 Stunden). Vergleichbare KnieÂbelasÂtungen iSd BK 2112 seien nach den wissenschaftÂlichen Erkenntnissen Tätigkeiten im Hocken, im Fersensitz oder beim Kriechen. Dies treffe auf die angeführten Tätigkeiten mit eingedrehtem Knie im Stehen oder Sitzen nicht zu, sodass solche Tätigkeiten keine BerückÂsichtigung finden könnten.

Am 1. November 2016 hat der Kläger beim Sozialgericht (SG) Hannover Klage erhoben und dort geltend gemacht, dass die Bescheide der Beklagten nicht wirksam seien, weil sie unleserÂlich unterschrieben worden seien und ein Namenszug in Druckbuchstaben gĤnzlich fehle. Seine Knieerkrankung sei durch die Arbeiten im sog Einbeinstand mit eingedrehtem Knie ausgelĶst worden. Diese unphysiologische Haltung habe sich nicht vermeiden lassen, um ein ruhiges und sicheres Standbein zu haben, wÄxhrend mit dem anderen Bein der Drehtisch bedient worden sei. Um dies zu verstehen, sei eine Inaugenscheinnahme dieser BeinÂhaltung erforderlich. Der Verordnungsgeber habe die Einwirkungen durch â∏verÂgleichÂbare KnieÂbelastungâ∏ im Tatbestand der BK 2112 nicht abschlie̸end, sondern bewusst offen bzw nur exemplarisch formuliert. Auch dem Merkblatt zur BK lasse sich nicht entnehmen, dass darunter ausÂschlieÃ∏Âlich Arbeiten im Hocken, Fersensitz oder Kriechen zu verstehen sind. Zudem sei der Beruf des SchweiA⊓ers im IFA-Report 1/2010 â∏∏GonKatast â∏∏ Ein Messwertkataster zu kniebelastenden Tätigkeitenâ∏ explizit als besonders kniebelastende TÄxtigkeit aufgelistet. In der Zeit seiner Lehre von 1977 bis 1980 habe er täglich mindestens drei Stunden Arbeiten im Knien verrichtet. Bei der Bundeswehr sei er der Waffenabteilung zugewiesen gewesen und habe kniend Waffen zerlegt.

Zur Veranschaulichung seiner beschriebenen Arbeitshaltung und seines Arbeitsplatzes bei der M. N. hat der Kläger eine Fotodokumentation vorgelegt.

Das SG hat ein arbeitstechnisches Gutachten des Dipl.-Biologen und GesundÂheitsÂwissenschaftlers Dr. rer. medic. O. eingeholt. Der Sachverständige ist zur EinÂschätÂzung gelangt, dass die arbeitstechnischen Voraussetzungen einer BK

2112 nicht vorlÄgen. Bei Zugrundelegung von TÄgtigkeiten im Knien oder Hocken in einem zeitlichen Umfang von ca zwei bis vier Stunden in der Woche und gleichmĤÃ∏iger Verteilung auf die fünf Arbeitstage einer Woche ergebe sich eine tägliche Arbeitszeit im Knien und Hocken zwischen 24 und 48 Minuten und somit keine relevante Belastung iSd BK 2112. NĤhme man dagegen an, dass diese TÃxtigÂkeiten im Umfang von zwei bis vier Stunden innerhalb einer Arbeitsschicht angefallen seien, ergĤbe sich für den gesamten Zeitraum der Tätigkeit bei der P. Q. N. eine kumulierte Kniebelastungsdauer zwischen etwa 2.050 und 4.100 Stunden. Daneben sei anhand der Beschreibung der beim SchweiÄllen eingenommenen KörperÂhaltung zwar nachvollÂziehÂbar, dass es sich hierbei um eine Dauerzwangshaltung im Stehen gehandelt habe. Auch sei nachvollziehbar, dass diese statische Haltung auf Dauer die Beinmuskulatur beanspruchen und ermüden könne. Zudem könne auch das Muskel-Skelett-System durch lang andauerndes Stehen in Mitleidenschaft gezogen werden. UU seien hierbei auch Beanspruchungen der KnieAgelenke mA¶glich, wobei es sich insbesondere um Beanspruchungen der BĤnder und Sehnen handele; vorstellbar sei dies auch im Hinblick auf das vom Kläger zusätzlich beschriebene â∏Eindrehenâ∏ der Kniegelenke im Stehen. Jedoch gebe es keine wissenschaftlich basierten Hinweise, dass statische Dauerzwangshaltungen im Stehen im KausalÂzusammenÂhang mit der Entwicklung einer Gonarthrose stehen. Auch in Bezug auf das beschriebene â∏EinÂdrehenâ∏ der Kniegelenke gebe es keine Hinweise aufgrund wissenschaftlicher UnterÄsuchungen, dass dies zu einer Beanspruchung oder gar Degeneration des GelenkÂknorpels im Knie führen könnte. Es handele sich dabei nicht um eine dem Knien vergleichbare Kniebelastung, wie sie im Merkblatt der BK 2112 eindeutig definiert sei (Gutachten vom 4. Juni 2018 mit ergĤnzenden StellungÂnahmen vom 22. Januar 2019 und 19. September 2019).

Mit Urteil vom 28. August 2020 hat das SG die Klage abgewiesen. Die Beklagte habe die Anerkennung einer BK 2112 zu Recht abgelehnt, weil es an den arbeitstechnischen VorausÂsetzungen fehle. Die Kammer stützte sich hierbei auf das Gutachten des SachAverstAxndigen Dr.A O., nach dessen Ergebnis sich eine kniebelastende TÄxtigkeit lediglich im Umfang von ca 4.100 Stunden feststellen lasse. Die hiergegen vorgebrachten Einwendungen der KlĤgerÂseite seien nicht geeignet, die Feststellungen von Dr. O. infrage zu stellen. Insbesondere seien bei einem arbeitstechnischen Gutachten Schäztzungen unvermeidbar, da ExpositionsâzeiÂten über ein Arbeitsleben hinweg nie exakt erfasst werden könnten. Soweit der KlĤger moniere, der SachverstĤndige habe sich nicht hinreichend mit der einÂgeÂnommenen ZwangsÂhaltung ausÂeinandergesetzt, vermöge dies nicht zu überzeugen. Diese sei durch eingehende Beschreibungen und aktenkundige Fotografien hinreichend dargestellt gewesen und vom GutÂachter eingehend analysiert und zugrunde gelegt worden. Eine VorfA¼hrung der Haltung sei vor diesem HinterÂgrund entbehrlich gewesen. Die Ausführungen des Sachverständigen würden auch durch das einschlägige Merkblatt zur BK 2112 gestützt. Der Einholung eines mediÂzinischen Gutachtens zur Frage, ob die Dauerzwangshaltung des KIägers als vergleichÂbare Kniebelastung anzusehen sei, habe es nicht bedurft, weil diese Frage bereits gekläxrt sei. Soweit der Kläxger erst mit SchriftÂsatz vom 26. November 2019 konkretisierte Angaben zu Expositionen gemäÃ∏ der BK 2112 während seiner Ausbildung und bei der BundesÂwehr

gemacht habe, werde die erforderliche Summe von 13.000 Stunden auch unter EinÂbeziehung der zuletzt gemachten Angaben nicht erreicht. Bei Zugrundelegung der Angaben des KlĤgers ergĤben sich für die Ausbildungszeit insÂgesamt 1.656 Stunden kniebelastende Tätigkeiten (drei Stunden Arbeiten im Knien x 4 ArÂbeitsÂtage pro Woche x 46 Arbeitswochen im Jahr x drei Jahre). Hinsichtlich der zwei Jahre bei der Bundeswehr summiere sich die kniebelastende Tätigkeit auf ca 3.680 Stunden, sofern man â\dots was unrealistisch erscheine â\dots acht Stunden kniende Tätigkeit beim Waffenzerlegen an fünf Tagen pro Woche in 46 Wochen im Jahr zugrunde lege. Ã\dots das gesamte Berufsleben des Klägers ergäben sich somit maximal 9.436 Stunden kniebelastender Tätigkeiten iSd BK 2112.

Gegen das seiner ProzessbevollmÄxchtigten am 11. September 2020 zugestellte Urteil hat der KlĤger am 10. Oktober 2020 Berufung zum LSG Niedersachsen-Bremen eingelegt, mit der er sein Begehren weiterverfolgt. Er wiederholt und ergänzt sein bisheriges Vorbringen und rügt, dass der Sachverständige Dr. O. sein Gutachten nach Aktenlage ohne neutrale und ausÂreichende Beurteilungsgrundlage erstellt habe. Bei der arbeitstechnischen Analyse hÄxtten die ErmittÂlungen des PrÃxventionsdienstes der Beklagten nicht zugrunde gelegt werden dürfen, da der Präventionsdienst eine softwarebasierte Analyse durchgeführt habe, die nur Arbeiten in der typischen Kniestellung auswerte. Die dauerhafte Arbeitshaltung des KIägers unterscheide sich aber deutlich von den StandardfÄxllen kniender TÄxtigkeiten. Der SachverstÄxndige habe sich nicht individuell mit der KĶrperhaltung und den konkret zu verrichtenden TĤtigkeiten befasst. Seine Angaben zur Einwirkungsdauer seien nicht nachvollziehbar und beruhten auf nicht offenAgelegAten SchAxtzungen. Der SachverstAxndige und das SG hÃxtten die vom KlÃxger vorgebrachten EinÂwendungen nicht berücksichtigt. Hinsichtlich der Expositionen müsse eine mathematische BeÂrechnung vorgenommen werden; eine Schäxtzung reiche nicht aus. Dem Gutachten sei nicht zu entnehmen, in welcher Weise Berechnungsgrundlagen durch Schäxtzungen auf Angaben des KIĤgers oder seines früheren Arbeitgebers durchgeführt wurden. Die kumulative MindestÂeinÂwirkungsÂdauer einer knienden TÃxtigkeit von einer Verwaltungsverfahren nicht ausreichend befragt worden. Aus dem vom Sachverständigen angeführten IFA-Report 1/2010 â∏GonKatast â∏ ein MessÂwertÂkataster zu kniebelastenden Tätigkeitenâ∏∏ lieÃ∏en sich nur Erkenntnisse für das TeilÂberufsbild des SchweiÃ∏ers im Behälterbau ableiten. Daraus könne nicht im Umkehrschluss gefolgert werden, dass nur dieses Teilberufsbild die Mindestvoraussetzungen der BK 2112 erfüllt. Der SachÂverÂständige habe sich ferner nicht mit den vom Kläger vorgelegten technischen SchweiÃ∏ÂprotoÂkollen, Zeichnungen und Verdienstabrechnungen befasst. Zudem habe er einÂgeräumt, für eine Beurteilung der arbeitsmedizinischen Voraussetzungen der BK nicht kompetent zu sein. Es habe aber die Notwendigkeit einer weitergehenden arbeitsmedizinischen Auswertung der beÂschriebenen Dauerzwangshaltung bestanden, da sie von den typischen bekannten HalÂtungen deutlich abweiche. Der technische SachverstĤndige kĶnne auch gar nicht einschĤtzen, welche organischen Strukturen die dauerAhafte Zwangshaltung beansprucht und inwieweit hierdurch degenerative VerĤnderungen entstehen kĶnnen. Die gutachterlichen Ausführungen seien nicht wissenschaftlich begründet worden, nicht

nachprüfbar und nicht nachvollziehbar. Für die AusÂwerÂtung des komplexen bioÂmechanischen Zusammenspiels von Knorpel, Gelenken, Knochen, Muskeln und Sehnen bei den hier beschriebenen auÃ□ergewöhnlichen und unÂnatürlichen BeÂwegungsabläufen bedürfe es einer medizinischen Expertise durch einen FachÂarzt für OrthoÂpäÂdie und Arbeitsmedizin. SchlieÃ□lich sei unberücksichtigt geblieben, dass der Kläger die geÂsamÂte Zeit seiner Bauschlosserlehre damit verbracht habe, Zaunpfähle, Zäune, Tore und TürÂzargen einzubauen; dabei habe er die meiste Zeit einer Schicht im Knien oder hockend verÂbracht.

Der KlĤger beantragt,

 Â Π. das Urteil des Sozialgerichts Hannover vom 11. September 2020 und den Bescheid der Beklagten vom 13. Mai 2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. SepÂtember 2016 aufzuheben und

Â A 2. die Beklagte zu verpflichten, das Vorliegen einer Berufskrankheit nach der Nr 2112 der Anl 1 zur BerufsÂkrankheitenverordnung anzuerkennen.

Â

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Â

Sie verteidigt die angefochtene Entscheidung.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Prozessakten und der beigezogenen Verwaltungsakten der Beklagten Bezug genommen.

Â

Entscheidungsgründe

Â

Die Berufung des KlĤgers ist zulĤssig, aber unbegründet. Das SG hat seine Klage zu Recht abgewiesen.

A. Die Klage ist als Anfechtungs- und Verpflichtungsklage gemäÃ□ § 54 Abs 1 S 1 SozialÂgerichtsÂgesetz (SGG) statthaft und auch im Ã□brigen zulässig.

- B. Die Klage ist jedoch unbegründet. Der Bescheid der Beklagten vom 13. Mai 2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. September 2016 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten. Der Kläger hat keinen Anspruch auf Feststellung einer BK 2112.
- I. Dabei hat der Senat keinerlei Bedenken an der formellen RechtmäÃ∏igkeit der angefochtenen Bescheide.

Insbesondere begrþndet der Umstand, dass der Kläger die Unterschriften der MitÂglieder des RentenÂausÂschusses (Ausgangsbescheid vom 13. Mai 2016) bzw des WiderÂspruchsÂausÂschusses der Beklagten (Widerspruchsbescheid vom 28. September 2016) nicht fþr lesbar hält, keinen Formmangel. Gemäà § 33 Abs 3 S 1 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) muss ein schriftlicher oder elektronischer Verwaltungsakt die erlassende Behörde erkennen lassen und die Unterschrift oder die Namenswiedergabe des Behördenleiters, seines Vertreters oder seines Beauftragten enthalten. Dabei bestehen keine besonderen Anforderungen an die LesÂbarÂkeit der Unterschrift. Dem Formerfordernis entspricht vielmehr bereits ein â hier jeweils geÂgebener â charakteristischer Schriftzug, der mit hinreichender Sicherheit auf die Urheberin oder den Urheber schlieà en lässt (vgl Pattar in: jurisPK-SGB X, 2. Aufl 2017, Stand: 1. DeÂzemÂber 2017, § 33 Rn 96 mwN).

- II. Die Bescheide sind auch materiell rechtmäÃ∏ig.
- 1. GemäÃ∏ § 9 Abs 1 S 1 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) sind BKen Krankheiten, die die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats als BKen beÂzeichnet und die Versicherte infolge einer den Versicherungsschutz nach §Â§ 2, 3 oder 6 SGB VII begrù⁄₄ndenden Tätigkeit erleiden. Insoweit ist die Bundesregierung ermächtigt, in der RechtsÂverÂordnung solche Krankheiten als BKen zu bezeichnen, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind, denen bestimmte PersonenÂgruppen durch ihre versicherte Tätigkeit in erheblich höherem Grade als die ù⁄₄brige Bevölkerung ausgesetzt sind (§ 9 Abs 1 S 2 SGB VII).

Aus diesen Vorgaben lassen sich bei einer Listen-BK im Regelfall folgende TatbestandsÂmerkÂmale ableiten, die ggf bei einzelnen BKen einer Modifikation bedýrfen: die Verrichtung einer grundsätzlich versicherten Tätigkeit (sachlicher Zusammenhang) muss zu EinÂwirÂkungen von Belastungen, Schadstoffen oä auf den Körper geführt haben (Einwirkungskausalität) und die Einwirkungen mÃ⅓ssen eine Krankheit verursacht haben (haftungsbegrþndende Kausalität). Dabei mÃ⅓ssen die â∏versicherte Tätigkeitâ∏, die â∏Verrichtungâ∏, die â∏Einwirkungenâ∏ und die â∏KrankÂheitâ∏ iSd Vollbeweises, also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vorliegen (vgl BundesÂâsozialgericht , Urteil vom 2. April 2009 â∏ B 2 U 33/07 R, SozR 4-5671 Anl 1 Nr 3101 Nr 5). DafÃ⅓r ist zwar keine absolute Gewissheit erforderlich; verbliebene Restzweifel sind bei einem Vollbeweis jedoch nur so lange unschädlich, wie sie sich nicht zu gewichtigen Zweifeln verdichten (vgl BSG, Urteil vom 24. November 2010 â∏∏ B 11

AL 35/09 R, juris mwN). Für die nach der Theorie der wesentlichen Bedingung zu beurteilenden UrsachenÂzusammenÂhänge genÃ⅓gt demgegenþber die hinreichende Wahrscheinlichkeit, nicht allerdings eine bloÃ∏e Möglichkeit (BSG, Urteil vom 2. April 2009 aaO).

Die vom Kläger geltend gemachte BK hat der Verordnungsgeber in Nr 2112 der Anl 1 zur BKV wie folgt bezeichnet: â∏Gonarthrose durch eine Tätigkeit im Knien oder vergleichbare KnieÂbelastung mit einer kumulativen Einwirkungsdauer während des Arbeitslebens von mindestens 13.000 Stunden und einer Mindesteinwirkungsdauer von insgesamt einer Stunde pro Schichtâ∏.

- 2. Unter Zugrundelegung dieser Vorgaben liegt beim KlAzger keine BK 2112 vor.
- a) Der KlĤger war wĤhrend seiner Lehre zum Bauschlosser von 1977 bis 1980 (vgl dazu die im Gutachten des SachverstĤndigen Dr. J. vom 23. MĤrz 2012, S 2 wiederÂgegebenen berufsÂanamnestischen Angaben) und seiner TĤtigkeit als SchweiÄ∏er und HĤrter bei der R. S. vom 14. Februar 1983 bis 31. Mai 2006 (vgl dazu das vom frýheren Arbeitgeber ausgestellte Zeugnis vom 10. Januar 2007) als BeschĤftigter gemĤÄ∏ §Â 539 Abs 1 Nr 1 Reichsversicherungsordnung (RVO) bzw <u>§ 2 Abs 1 Nr 1 SGB VII</u> Versicherter der gesetzÂlichen Unfallversicherung.

Demgegenýber war er während seines zweijährigen Dienstes als Zeitsoldat bei der BundesÂwehr in der gesetzlichen Unfallversicherung versicherungsfrei, weil insoweit die besonderen UnÂfallfürsorgevorschriften des § 27 Soldatenversorgungsgesetz (SVG) gelten, die beamtenÂrechtÂlichen Unfallfþrsorgevorschriften entsprechende Grundsätze enthalten (§ 4 Abs 1 Nr 1 SGB VII, vormals § 541 Abs 1 Nr 1 RVO). Für die Feststellung einer BK sind gemäÃ∏ § 134 SGB VII jedoch auch Tätigkeiten zu berücksichtigen, die Versicherte im Rahmen einer BeschäfÂtigung ausgeübt haben, für die nach § 4 Abs 1 Versicherungsfreiheit bestand, wenn die TätigÂkeiten ihrer Art nach geeignet waren, die Krankheit zu verursachen und die schädigende Einwirkung überwiegend durch die nach diesem Buch versicherten gefährdenden Tätigkeiten verÂurÂsacht wurde.

- b) Der Kläger erfüllt jedoch selbst unter Berücksichtigung von Tätigkeiten im Knien oder mit vergleichbarer Kniebelastung während seines Wehrdienstes nicht die arbeitsÂtechnischen VorausÂsetzungen der BK 2112, weil sich eine kumulative Einwirkungsdauer während des Arbeitslebens von mindestens 13.000 Stunden nicht feststellen lässt.
- aa) Zur vollen ̸berzeugung des Senats lassen sich fÃ⅓r den Zeitraum der Tätigkeit als SchweiÃ∏er und Härter von Februar 1983 bis Ende Mai 2006 allenfalls Tätigkeiten im Knien mit einer kumulativen Einwirkungsdauer von maximal 4.100,8 Stunden feststellen.
- (1) Dabei legt der Senat die eigenen Angaben des Klägers zugrunde, die seiner Stellungnahme zur Tätigkeitsbeschreibung des Präventionsdienstes in der Stellungnahme ArbeitsÂplatzÂexpoÂsiÂtion vom 4. Februar 2016 zu entnehmen

sind. Entgegen der ursprünglichen Annahme des PräÂventionsdienstes hat es danach Tätigkeiten im Knien gegeben. Diese sind nach der einÂdeuÂtigen und plausiblen Darstellung des Klägers im Schreiben vom 20. März 2016 aber eher selten gewesen und nur verrichtet worden, wenn die SchweiÃ□Âteile selbst fþr den Kran zu schwer zum Heben waren oder weil es technisch nicht anders möglich war. Der hierauf entfallende Zeitanteil belief sich nach der eigenen Schätzung des Klägers auf ca zwei bis vier Stunden in der Woche; hauptÂsächlich hat er seine Tätigkeit aber im Stehen und im Sitzen ausgeþbt.

Schon vor dem Hintergrund dieser Angaben ist der Einwand des KlAzgers, er sei im VerwaltungsÂverfahren nicht ausreichend befragt worden, von vornherein nicht nachvollziehbar. Der KlĤger übersieht hierbei auch, dass er bereits in einem Telefonat mit dem Präventionsdienst (am 3. Februar 2016) zu seinen TÃxtigkeiten befragt worden ist, wie sich aus der Stellungnahme des PrÃxÂvenÂtionsÂdienstes vom 4. Februar 2016 ergibt. Zuvor hatte die Beklagte ihm bereits mit Schreiben vom 8. April 2015 einen Fragebogen übersandt und unter Hinweis darauf, dass sie auf die UnterstA¼tzung des KlA¤gers angewiesen sei, um BeantÂwortung der Fragen gebeten. In dem FrageÂbogen selbst wird ua um Angabe sämtlicher Beschäftigungen seit der SchulÂentÂlassung (einschlieÃ∏lich MilitÃxrdienst) und den dabei auftretenden Belastungen durch Knien, Hocken, FersenÂsitz oder Kriechen gebeten. Der Kläger hat den Fragebogen aber nicht ausÂgeÂfüIlt und die Auffassung vertreten, dass alle notwendigen Daten bereits aufgrund des VerÂfahÂrens zur BKÂ 2102 bekannt seien (Schreiben vom 24. August 2015); ähnlich hat er sich bei dem Telefonat mit der Mitarbeiterin des Präventionsdienstes am 3. Februar 2016 geäuÃ∏ert. Wenn ihm danach die Stellungnahme zur Arbeitsplatzexposition mit der ausdrÄ¹/₄cklichen Bitte um ̸berÂprüfung hinsichtlich notwendiger Ergänzungen übersandt worden ist (Schreiben vom 8. Februar 2016) und der Kläger hierzu inhaltlich klar und unmissverstĤndlich Stellung genommen hat, ist nicht erkennbar, inwieweit noch eine weitergehende Befragung hÄxtte erfolgen sollen und zu zusÄxtzlichen Angaben hätte fýhren können. Insbesondere sind seine Angaben im Schreiben vom 20. MĤrz 2016 weder unklar noch erkennbar lýckenhaft. Soweit er erstmals im BerufungsÂverfahren behauptet, dass er im Februar 2007 eine Frage zur Exposition nicht verstanden haben will, ist schon nicht erkennbar, um welche genaue Frage es sich dabei handeln soll. Darauf kommt es im Ergebnis aber auch nicht an, weil hinsichtlich der im vorliegenden RechtsÂstreit allein maÃ∏gebenden TÃxtigkeiten im Knien oder mit vergleichbarer KnieAbelastung jedenAfalls aufgrund des dem Klåger mit Schreiben vom 8. April 2015 żberÅsandten Fragebogens über kniebelastende Tätigkeiten klar erkennbar war, welche Angaben benötigt werden. Dabei ist den im Fragebogen abÂgeÂbildeten, den Darstellungen in der Abb 1 der Wissenschaftlichen BegrünÂdung zur BK 2112 (BArbBl 10/2005, S 46 ff) entÂsprechenÂden Piktogrammen anschaulich und für jederÂmann verständlich zu entnehmen, welche KĶrperÂhaltungen im Einzelnen fļr die BeurÂteiÂlung relevant sind. Soweit der inzwischen anwaltlich vertretene KlĤger hierzu auch im gerichtÂlichen VerÂfahren keine weiteren Angaben hat machen können, ist nicht erkennbar, was eine nochÂmalige Befragung hieran ändern können sollte.

Der Umstand, dass schon seine eigenen Angaben keine exakte mathematische

Berechnung, sonÂdern eine Schätzung des zeitlichen Anteils der Tätigkeiten im Knien beinhalten und auch der Senat diesen Anteil nur im Wege der Schägtzung feststellen kann, liegt in der Natur der Sache. Insoweit hat schon das SG zutreffend ausgeführt, dass der Umfang der Exposition gegenÂüber bestimmten Einwirkungen über einen lÃxngeren Zeitraum hinweg in aller Regel nicht exakt erfasst werden kann (anders zB bei TAxtigkeiten mit Exposition gegenA¼ber ionisierenden Strahlen, bei denen eine Erfassung der individuellen Belastung mittels Verwendung eines Dosimeters möglich ist). Das gilt auch für die hier ma̸gebenden Einwirkungen iSd BK 2112, deren zeitÂlichen Umfang der Kläger selbst nicht durch Arbeitsprotokolle o̸ erfasst hat und zu denen er offenkundig auch sonst keine genaueren, über die bisherigen schriftlichen AusÂführunÂgen hinausgehenden Angaben machen kann. Die von ihm vorgelegten technischen Unterlagen und Nachweise zu geleisteten ̸berstunden geben hierüber ersichtlich ebenfalls keinen weiterÄgehenden Aufschluss, denn sie sind in Bezug auf die HĤufigkeit und Dauer bestimmter EinzelÂtätigkeiten erkennbar unergiebig. Der KlÄxger macht auch nicht geltend, dass dazu noch weiterAgehende ErkenntAnisse etwa durch eine Befragung von Zeugen oder Beiziehung von AufÂzeichÂnungen des ArbeitÂgebers erzielt werden könnten, und dafür ist auch von Amts wegen nichts ersichtlich. Bei dieser Sachlage sind Schäztzungen im Rahmen der Feststellung von Einwir Akun Agen als tatbestandliche Voraussetzung einer BK nicht nur zulÄxssig, sondern sogar notwendig, weil anderenfalls der Vollbeweis von Einwirkungen im Einzelfall kaum mĶglich wĤre (vgl zur ZulĤsÂsigÂkeit von Schawtzungen in Bezug auf den Umfang von Einwirkungen auch BSG, Urteil vom 15. September 2011 â∏ B 2 U 25/10 R, SozR 4-5671 Anl 1 Nr 4111 Nr 3).

Soweit der KlÄger im Widerspruchsverfahren erneut Ausfļhrungen zu seiner eigenen Schäutazung vom 20. Mäurz 2016 gemacht hat (Widerspruchsschreiben mit Begründung vom 29. Mai 2016), rechtfertigt dies keine andere Beurteilung. Dabei kann wiederum zu seinen Gunsten ohne weitere Beweisaufnahme unterstellt werden, dass einzelne Vorgänge wie zB die BearÂbeiÂtung eines sehr groÃ∏en Gehäuses mit einer WurzelschweiÃ∏ung in Einzelfällen Arbeiten im Knien von Iängerer Dauer (nach seinen Angaben sechs bis acht Stunden) erforderten. Der Kläger hat jedoch selbst darauf hingewiesen, dass seine Tätigkeit sehr abwechslungsreich gewesen ist, was nochmals die Notwendigkeit einer Schägtzung des zeitlichen Umåfangs der Tåxtigåkeiten im Knien beståxtigt. Wenn er jedoch selbst angibt, dass der zeitliche Anteil in einigen Wochen auch das Doppelte oder Dreifache (von zwei bis vier Stunden) erreicht haben kann, zeigt er schon selbst nur die Möglichkeit eines höheren zeitlichen Anteils auf. Umso weniger kann dem â∏∏ bezogen auf die kumulative Einwirkungszeit wÄxhrend der gesamten Dauer dieser BeschäftiÂgung â∏ mehr als nur die Möglichkeit eines durchschnittlich zwei bis vier Stunden pro Woche überÂsteigenden Zeitanteils der Tätigkeiten im Knien entnommen werden. Die blo̸e MöglichÂkeit höherer Einwirkungen reicht für den Vollbeweis aber nicht aus.

Der Annahme eines höheren durchschnittlichen wöchentlichen Umfangs der TÃxtigkeiten im Knien steht ferner entgegen, dass der KlÃxger im Zusammenhang mit den arbeitsÂtechnischen Ermittlungen zur BK 2102 erkennbar Ãx4berhaupt keine TÃx4tigkeiten im Knien behauptet hatte, obwohl solche auch fÃx4r die BK 2102

von Bedeutung sein kA¶nnen. Nach der hierzu von der Beklagten beigezogenen Stellungnahme des PrävenÂtionsÂdienstes der BG Metall Nord-Süd vom 4. Juni 2007, denen neben GesprÄxchen mit MitÂarbeitern seines früheren Arbeitgebers (SicherÂheitsÂbeauftragter, Betriebsratsmitglied, FerÂtiÂgungsÂÂleiter und Schwei̸er) gerade auch eine perÂsönÂliche Befragung des Klägers zugrunde liegt, sind alle TÃxtigkeiten bei der M. T. teils im Sitzen und teils im Stehen verrichtet worden. Wenngleich der SchwerApunkt der Expositionsbeurteilung in dieser Stellungnahme auf der BK 4302 liegt, enthÄxilt die BeAschreiAbung der Arbeitshaltung keinerlei Hinweise auf TÃxtigkeiten im Knien. DementÂspreÂchend ist zur BK 2102 ausgefļhrt worden, dass beim KlĤger ua keine Dauerzwangshaltung im Knien vorÂgelegen habe. Damit steht in ̸bereinstimmung, dass der Kläger auch gegenüber dem Sachverständigen Dr. H. seine TÃxtigÂkeit ausführlich geschildert und dabei lediglich TÃxtigÂkeiten im Sitzen und im Stehen mit leicht gebeugtem Knie angegeben hat, nicht jedoch TätigÂkeiten im Knien. Das schlieÃ∏t zwar nicht aus, dass es solche TÃxtigkeiten gegeben hat; bei einem nennenswerten Umfang kniender TÃxtigkeiten wĤren jedoch entsprechende Darlegungen des KlĤgers bereits zum damaligen Zeitpunkt zu erwarten gewesen.

In diesem Zusammenhang weist der SachverstĤndige Dr. O. überzeugend darauf hin, dass ArbeitsÅschichten mit einem Anteil von zwei bis vier Stunden im Knien (oder Hocken) sicher deutlich in Erinnerung geblieben wären. Das leuchtet schon wegen der damit verbundenen, für jedermann nachvollÅziehbaren körperlichen Belastung ein. Vor diesem Hintergrund ist eine nachÂvollziehbare Erklärung dafür, warum solche Arbeiten nicht bereits im Jahr 2007 dargelegt worden sind und auch im Bericht des ehemaligen Vorarbeiters des Klägers vom 21. August 2012 keine Erwähnung gefunden haben, wenn sie denn tatsächlich sogar in noch gröÃ∏erem Umfang verrichtet worden sein sollen, nicht ersichtlich. Ein über Einzelfälle hinausgehender noch gröÃ∏erer Umfang solÂcher Tätigkeiten kann deshalb nicht angenommen werden. Vielmehr bestehen nach AusÂschöpfung aller erkennbaren Ermittlungsmöglichkeiten mindestens gewichÂtige Zweifel daran, dass der zeitliche Anteil kniender Tätigkeiten einen Umfang von durchÂschnittÂ-lich mehr als zwei bis vier Stunden pro Woche überstieg. Diese Zweifel stehen dem VollÂbeweis einer darüberÂhinausgehenden Dauer der Belastung entgegen.

Hiervon ausgehend liegt bei einer gleichmäÃ∏igen Verteilung dieser Tätigkeiten auf die fþnf Arbeitstage einer Woche nach der zutreffenden Berechnung des Sachverständigen Dr. O. schon die Mindestbelastung von einer Stunde pro Schicht nicht vor. Die tägliche Arbeitszeit im Knien wþrde sich bei dieser Annahme auf lediglich 24 bis 48 Minuten belaufen, sodass bei dieser Annahme überhaupt keine relevante Belastung feststellbar wäre.

Demgegen \tilde{A}^{1} 4ber geht der Senat jedoch zugunsten des Kl \tilde{A} α gers davon aus, dass die T \tilde{A} α tigkeiten im Knien so verteilt waren, dass an einzelnen Arbeitstagen in der Woche jeweils mindestens eine Stunde erreicht wurde, insgesamt jedoch maximal vier Stunden pro Woche. Daraus ergibt sich bei durchschnittlich 44 Arbeitswochen \tilde{A} f \tilde{A}^{1} 4nf Arbeitstagen (= 220 Arbeits \hat{A} tage) pro Jahr und einer T \tilde{A} α tigkeits \hat{A} dauer von 23,3 Jahren (14. Februar 1983 bis 31. Mai 2006 ohne Ber \tilde{A}^{1} 4ck \hat{A} sich \hat{A} tigung

krankheitsbedingter Fehlzeiten) eine kumulative Einwirkungsdauer von 4.100,8 Stunden (44 Wochen x vier Stunden x 23,3 Jahre).

- (2) Tätigkeiten mit â□□vergleichbarer Kniebelastungâ□□ iSd BK 2112 hat der Kläger demgegenüber nicht verrichtet.
- (a) Die Frage, welcher Einwirkungen es (mindestens) bedarf, um eine BK zu verursachen bzw die Anerkennung einer BK unter Einbeziehung weiterer Kriterien zu rechtfertigen, ist unter ZuhilfeAnahme medizinischer, naturwissenschaftlicher und technischer Sachkunde nach dem im EntscheidungsÂzeitpunkt aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand zu beantworten. Als aktueller Erkenntnisstand sind solche durch Forschung und praktische Erfahrung gewonnenen Erkenntnisse anzusehen, die von der gro̸en Mehrheit der auf dem betreffenden Gebiet tätigen Fachwissenschaftler anerkannt werden, ýber die also, von vereinzelten, nicht ins Gewicht fallen Aden Gegenstimmen abgesehen, Konsens besteht (val BSG, Urteil vom 27. Juni 2006 â∏∏ <u>B 2 U 20/04 R</u>, <u>SozR 4-2700 § 9 Nr 7</u>, Rn 20; Urteil vom 15. September 2011 aaO, Rn 20). Zur Ermittlung des aktuellen Standes der wissenÂschaftlichen Erkenntnisse können â∏ ausgehend von der Begründung des VerordnungsÂgebers zur Einführung des BK-Tatbestandes â∏ einschlägige Publikationen, beispielsweise die Merkâblãxtter des zustãxndigen Bundesministeriums, die wissenÂschaftliche Begründung des ärztÂlichen Sachverständigenbeirats â∏∏ Sektion BerufsÂkrankheiten â∏∏ zu der betreffenden BK oder KonsensusÂempfehlungen der mit der Fragestellung befassten FachÂmediziner herangezogen werden (vgl BSG, Urteil vom 27. Juni 2006 aaO, Rn 21).
- (b) Bei Zugrundelegung dieser Maà gaben lag bei den vom Kläger überwiegend im Stehen und Sitzen ausgeübten Tätigkeiten keine vergleichbare Kniebelastung iSd BK 2112 vor. Das gilt insÂbesondere für die dargelegten Tätigkeiten im sog â∏Einbeinstand mit eingedrehtem Knieâ∏.

Der Senat stýtzt sich bei dieser Beurteilung auf das Gutachten des SachverstĤndigen Dr. U., der im Einklang mit der Wissenschaftlichen Begründung zur BK 2112 des Ã∏rztÂlichen SachÂverständigenbeirats Sektion â∏Berufskrankheitenâ∏ (aaO), dem MerkÂblatt zur BK 2112 (GMBI 5/6/2010, S 98 ff) und der einschlĤgigen BegutachtungsÂempfehlung (Bolm-Audorff ua, BegutÂachÂtungsempfehlung für die Berufskrankheit Nummer 2112, Stand: 3. Juni 2014, im Internet abrufbar unter www.dguv.de) ausgeführt hat, dass als Tätigkeiten mit einer dem Knien vergleichbaren Kniebelastung ausschlieÃ∏lich einseitige oder beidseitige ArÂbeiten im Hocken oder im Fersensitz sowie Kriechen (VierfüÃ∏lergang) anzusehen sind. Dies entspricht auch zum Zeitpunkt der Entscheidung des Senats der einhelligen Auffassung im versicherungsÂmedizinischen Schrifttum und damit weiterhin dem aktuellen Stand der wissenÂschaftlichen Erkenntnisse (vgl dazu Schä¶nÂberger/Mehrtens/Valentin, Arbeitsunfall und BerufsÂkrankheit, 9. Aufl 2017, S 676; Ludolph/Meyer-Clement, Begutachtung chirurgisch-orthoÂpädischer BerufsÂkrankheiten durch mechanische Einwirkungen, 2019, S 357 ff; Thomann/GrosÂser/SchrA¶ter, OrthopA¤dischunfallchirurgische Begutachtung, 3. Aufl 2020, SÂ 389). Konkrete AnhaltsÂÂpunkte dafür, dass sich an diesen Erkenntnissen etwas geändert haben könnte und

mittlerweile auch solche wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen, nach denen die vom Klā¤ger beschriebene Arbeitshaltung im Stehen mit leicht gebeugtem und einseitig â∏eingedrehtemâ∏ Knie eine vergleichbare Kniebelastung iSd BK 2112 darstellt, sind weder vom Klā¤ger dargelegt worden noch von Amts wegen ersichtlich. Es liegt nicht einmal ein Hinweis darauf vor, dass auch nur ein behandelnder Arzt des Klā¤gers insoweit von einer fã¼r die Verursachung einer Gonarthrose geeigneten Einwirkung ausgehen wã¼rde; dementsprechend gibt es auch keine ã¤rztliche Anzeiâge auf den Verdacht einer BK 2112. Fehlt es danach an jeglichen Anhaltspunkten fã¼r solche wissenâschaftlichen Erkenntânisse, die die Auffassung des Klā¤gers stã¼tzen kã¶nnten, mã¼ssen die Gerichte diesbezã¼glich keine Ermittlungen von Amts wegen ins Blaue hinein (etwa durch Einâholung medizinischer Gutâachten) durchfã¼hren.

Die Einwände des Klägers gegen das Gutachten des Sachverständigen Dr. O. sind unÂbegründet. Das gilt zunÃxchst in Bezug auf die Qualifikation des Sachverständigen, der Dipl.-Biologe und promovierter GesundheitsÂwissenschaftler ist und an dessen technischem SachAverstand in Bezug auf die hier maà gebenden mechanischen Einwirkungen auf die Kniegelenke kein Zweifel besteht. Der SachverstĤndige gehĶrt zu den Autoren der BegutachtungsÂemÂpfehÂlung für die BK 2112 (Bolm-Audorff ua aaO) und ist darüber hinaus Mitautor des IFA-Reports 1/2010 â∏GonKatast â∏ Ein Messwertkataster zu kniebelastenden Tätigkeitenâ∏ (abrufbar unter www.dguv.de). Demzufolge hat er sich in seiner beruflichen Praxis besonders intensiv mit der Frage beschägtigt, welche Einwirkungen generell geeignet sind, eine BK 2112 zu verursachen. Dass der Sachverständige nach eigener Aussage nicht fachÂkompetent für eine Beurteilung der arbeitsmedizinischen Voraussetzungen der BK 2112 ist â∏∏ insoweit enthÃxIt der Schriftsatz der ProzessbevollmÃxchtigten des KlÃxgers vom 21. September 2018 ein offenÂsichtliches, mittlerÂweile allerdings richtig gestelltes Fehlzitat -, ist insoweit schon deshalb ohne Belang, weil es aufgrund des Fehlens der arbeitstechnischen Voraussetzungen gar nicht auf die arbeitsÂmediÂzinischen Voraussetzungen ankommt. Im ̸brigen hat auch die staatliche GewerbeÂärztin Dr. V., die ua Fachärztin für Arbeitsmedizin ist, in den Ausführungen des KlĤgers keine (ausreichenden) belastenden TĤtigkeiten iSd BK 2112 erkennen können.

Der Einwand des Klägers, dass der Tatbestand der BK 2112 eine in Bezug auf â∏vergleichbare Kniebelastungenâ∏ offene Formulierung enthält, vermag eine andere Entscheidung nicht zu rechtfertigen. Zwar trifft es in der Sache zu, dass der Verordnungsgeber den Verordnungstext insoweit nicht auf Tätigkeiten im Hocken, Fersensitz und Kriechen konkretisiert hat, sodass dem Grunde nach denkbar ist, dass auch andere Arbeitshaltungen mit dem Knien vergleichbare Belastungen mit sich bringen können. Solange es dafür aber â∏ wie oben ausgeführt â∏ keine wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt, können andere Haltungen bei der Beurteilung der arbeitsÂtechnischen Voraussetzungen der BK 2112 keine Berücksichtigung finden.

Soweit der KlĤger beanstandet, dass sich der SachverstĤndige nicht mit den beschriebenen Arbeitshaltungen auseinandergesetzt habe, trifft dieser Einwand

ebenfalls nicht zu. Den AusÂführungen von Dr. O. Iässt sich insoweit vielmehr entnehmen, dass er die vom Kläger geschilderte â∏ im Ã∏brigen auch fÃ⅓r den Senat ohne weiteres nachvollziehbare â∏ Arbeitshaltung mit â∏eingedrehtemâ∏ Kniegelenk verstanden und seiner Bewertung zugrunde gelegt hat (vgl dazu Gutachten vom 4. Juni 2018, S 7 ff sowie ergänzende StellungÂnahme vom 22. Januar 2019, S 2). Es ist nichts dafÃ⅓r ersichtlich, dass eine InaugenscheinÂnahme der vom Kläger vorÂgeÂfÃ⅓hrÂten Haltung oder eine Befragung des Klägers daran irgendÂetwas ändern könnte, zumal dem Sachverständigen bei Anfertigung seiner ergänzenden StellungÂnahme auch die zwischenÂzeitÂlich vom Kläger vorgelegte Fotodokumentation vorÂgelegen hat.

Der SachverstĤndige Dr. O. hat ferner zu Recht nicht den konkreten Umfang der vom KlĤÂger geleisteten Ä_berstunden ermittelt. Eine ErhĶhung der geschĤtzten Stundenzahl fļr TĤtigÂkeiten im Knien kommt im Hinblick auf etwaige Ä_berstunden schon deshalb nicht in Betracht, weil der KlĤger â_ wie vom SachverstĤndigen zutreffend dargelegt â_ den zeitlichen Umfang dieser TĤtigkeiten in absoluten Zahlen (Stunden pro Woche), nicht aber in relativen Zeitanteilen (zB prozentualer Anteil der Arbeitszeit pro Woche) angegeben hat.

Ferner hat der SachverstĤndige überzeugend dargelegt, dass sich auch aus dem IFA-Report 1/2010 â∏GonKatast â∏ Ein Messwertkataster zu kniebelastenden Tätigkeitenâ∏ keine abweichende Beurteilung der BK-relevanten Kniebelastung des Klägers herleiten lässt. Denn soweit der Beruf des SchweiÃ∏ers Gegenstand der dem Kataster zugrundeliegenden wissenschaftlichen UnterÄsuchungen war, beschränkte sich die Untersuchung auf SchweiÃ∏er im Behälterbau, die ihrer Tätigkeit in engen Röhren nachgehen mussten, deren geringe Höhe nur ein Arbeiten im Knien oder Hocken zulie̸. Solche Arbeitsplatzverhältnisse lagen beim KlAzger aber nicht vor, und dementsprechend leuchtet es ohne weiteres ein, dass die Erkenntnisse aus der Untersuchung dieser besonderen Arbeitspläxtze nicht auf die TĤtigkeit des KlĤgers ļbertragen werden kĶnnen. Daran Ĥndern auch die vom KlAzger dargelegten rAzumlich beengten VerhAzltnisse nichts, weil bei diesen VerhÄxltÂnissen die dargelegte und durch Fotos veranschaulichte Verrichtung der Arbeiten im Stehen und Sitzen dennoch mÄgglich war und der Kläger über den oben dargelegten Umfang hinaus nicht gezwungen war, seine Tätigkeit im Knien, Hocken oder Fersensitz auszuüben.

Nach alledem kommt es auch nicht auf etwaige abweichende Angaben des Arbeitgebers des Kläagers an, aus denen sich allerdings ausweislich der vorliegenden präaventionsdienstlichen Stellungnahmen auch kein weitergehender Umfang relevanter Belastungen iSd BK 2112 ergibt. Der Beurteilung liegen auch keine nicht aufgedeckten Erfahrungswerte des Präaventionsädiensätes oder des Sachverstäandigen, sondern im Wesentlichen allein die (ursprä¼nglichen) Anägaben des Kläagers zugrunde.

bb) Kann danach für die langjährige Tätigkeit des Klägers als SchweiÃ□er und Härter allenfalls von einer kumulativen Einwirkungsdauer von 4.100,8 Stunden ausgegangen werden, so bedarf es keiner weiteren Ermittlungen zu Art und Umfang von Belastungen während der Lehre und des Dienstes des Klägers als Zeitsoldat.

- (1) Allerdings kann aus dem erstinstanzlichen Vorbringen des KlĤgers, er habe wĤhrend seiner Lehre von 1977 bis 1980 mindestens drei Stunden tĤglich Arbeiten im Knien verrichtet, ohne weiteres gefolgert werden, dass er jedenfalls nicht â∏ wie nunmehr pauschal im BerufungsÂverfahren behauptet wird â∏ die meiste Zeit der Schicht im Knien oder Hocken verbracht hat. Denn wenn diese letzte Behauptung zutrĤfe, wĤre nicht erklĤrbar, warum im erstinstanzlichen Verfahren noch lediglich mindestens drei Stunden tÄxglich angegeben worden sind. Selbst wenn man aber zu seinen Gunsten davon ausginge, dass er ¾ seiner Arbeitszeit â∏∏ mithin sechs StunÂden täglich an vier Tagen pro Woche â∏∏ im Knien oder Hocken gearbeitet hat, wird damit unter BerückÂsichtigung der vorstehend unter aa) und nachstehend unter (2) dargelegten BelastungsÂdosen der weiteren TÄxtigkeitsabschnitte (4.100,8 Stunden und 3.520 Stunden) keine EinwirÂkungsÂÂdauer während des Arbeitslebens von mindestens 13.000 Stunden erreicht. Für die Zeit der Lehre wären dann 3.168 Stunden zu berücksichtigen (drei Jahre x 44 Arbeitswochen x vier ArbeitsÂtage x sechs Stunden), sodass sich insgesamt lediglich 10.788,8 Stunden ergĤben.
- (2) Zum zeitlichen Umfang von Tätigkeiten im Knien während des Dienstes als Zeitsoldat bei der Bundeswehr hat der Kläger überhaupt keine konkreten Angaben gemacht, sondern nur pauschal darÂgelegt, dass er kniend Waffen zerlegt und montiert sowie Gräben ausgehoben habe.

Wie bereits das SG zutreffend angenommen hat, ist es offenkundig unrealistisch, insoweit von einer vollschichtigen TĤtigkeit im Knien auszugehen. Weitergehende Ermittlungen hierzu (etwa eine Befragung des KlĤÂgers) sind dennoch entbehrlich, weil selbst bei Zugrundelegung einer arbeitstĤglich achtÂstýndigen TĤtigkeit im Knien die notwendige (Mindest-)GesamtÂbelastungsÂdosis von 13.000 Stunden nicht erreicht wird. Vielmehr ergäbe sich für den Zeitraum des Dienstes bei der BundesÂwehr eine Einwirkungsdauer von insgesamt 3.520 Stunden (zwei Jahre x 44 Arbeitswochen x fünf Tage x acht Stunden) und damit eine kumulative EinwirkungsÂzeit während des Arbeitslebens von insgesamt 10.788,8 Stunden.

- c) Liegen danach schon die arbeitstechnischen Voraussetzungen der BK 2112 nicht vor, so kommt es auf die medizinischen Voraussetzungen der BK nicht an. Dementsprechend bedurfte es hierzu ebenfalls keiner Einholung eines medizinischen SachverstĤndigengutachtens.
- C. Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193 Abs 1 SGG</u>.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde, die Revision zuzulassen ($\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs 2 SGG}}{160 \text{ Abs 2 SGG}}$), sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 18.09.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024